

Jahresabschluss
der Stadt Reinbek
zum 31.12.2013

Lagebericht

1. Gesetzliche Grundlagen

Gem. § 52 GemHVO-Doppik hat die Stadt Reinbek zum Abschluss eines jeden Jahres einen Lagebericht zu erstellen.

Der Lagebericht ist so zu fassen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermittelt wird. Dazu ist ein Überblick über die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Jahr zu geben.

Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, auch solcher, die nach Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, ist zu berichten. Außerdem hat der Lagebericht eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der gemeindlichen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft und der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde zu enthalten. Auch ist auf die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde einzugehen; zugrunde liegende Annahmen sind anzugeben.

2. Allgemeines

Mit dem Haushaltsplan 2013 konnte seit Einführung der Doppik im Jahr 2010 erstmalig ein in allen Planjahren ausgeglichener Ergebnishaushalt vorgelegt werden.

Zum einen haben sich die Konsolidierungsbemühungen und die Ausschöpfung der Einnahmequellen der vergangenen Jahre nachhaltig bemerkbar gemacht, zum anderen hat sich der Ertrag aus dem Anteil an der Einkommenssteuer im Planungszeitraum weiter stabilisiert. Darüber hinaus wurden städtische Wohnimmobilien mit dem Hintergrund des zukünftig notwendigen Sanierungsaufwands mit einem Ertrag i.H.v. rd. 2,37 Mio. EUR veräußert. Insgesamt konnte so ein Jahresüberschuss i.H.v. 2.461.200 EUR ausgewiesen werden. Eine Kreditermächtigung musste trotz eines umfangreichen Investitionsvolumens nicht vorgesehen werden.

Aufgrund zusätzlicher Anforderungen im Rahmen des Haushaltsverlaufs wurde eine Nachtragssatzung erforderlich. Ursächlich hierfür war insbesondere die zusätzliche Aufgabenstellung im Rahmen der Schaffung von Kinder- und Krippenplätzen und des damit verbundenen Neubaus einer 7-gruppigen Kindertagesstätte mit einem außerplanmäßigen Investitionsvolumen von rd. 3,06 Mio. EUR.

Um einen erneuten Kreditbedarf in 2013 zu vermeiden, wurden alle wesentlichen Investitionsmaßnahmen auf ihre Durchführbarkeit und Kassenwirksamkeit überprüft und mit Erfolg angepasst.

Darüber hinaus konnten die Allgemeinen Deckungsmittel einen weiteren Zuwachs von 689 TEUR verzeichnen.

Nach Anpassung aller Daten wies die 1. Nachtragshaushaltssatzung einen Jahresüberschuss i.H.v. 2.950.900 EUR aus.

Der Abschluss des Haushaltsjahres stellt sich nunmehr wie folgt dar:

	Haushaltsplan 2013 EUR	Ergebnis 2013 EUR	Differenz EUR
Jahresüberschuss	2.950.900	4.136.925,70	1.186.025,70
Liquide Mittel	3.324.491,52	6.270.707,14	2.946.215,90

3. Abschluss des Ergebnishaushaltes 2013

Der Jahresabschluss stellt sich ggü. der Haushaltsplanung wie folgt dar:

	Ergebnishaushalt 2013 EUR	Ergebnis 2013 EUR	Differenz EUR
Erträge	47.982.400	49.144.185,25	1.161.785,25
Aufwendungen	45.031.500	45.007.259,55	-24.240,45
Jahresfehlbetrag (-)/ Überschuss (+)	+2.950.900	+4.136.925,70	1.186.025,70

Unter Zugrundelegung des fortgeschriebenen Haushaltsansatzes gliedern sich die Abweichungen wie folgt auf:

Erträge

Lfd. Nr. der Ergebnis- rechnung	Position	Abweichung + = höherer Ertrag - = geringerer Ertrag EUR
1.	Steuern und ähnliche Abgaben	-396.834,64
2.	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	135.242,49
4.	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-95.751,55
5.	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-50.640,52
6.	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.266.299,76
7.	Sonstige ordentliche Erträge	277.132,58
8.	Aktivierete Eigenleistungen	24.344,76
10.	Summe ordentliche Erträge	1.159.792,88
19.	Finanzerträge	1.992,37
23.	Außerordentliche Erträge	0,00
	Summe Erträge insgesamt	1.161.785,25

zu lfd. Nr. 1

Die Mindererträge resultieren aus der Gewerbesteuer mit rd. 617 TEUR und konnten mit rd. 220 TEUR durch andere Steuermehrerträge aufgefangen werden.

Mit 14,88 Mio. EUR hat die Gewerbesteuer einen Anteil an den Gesamterträgen des Haushalts 2013 i.H.v. 30,91 % (2012: 39,89 %), der Anteil an der Einkommensteuer mit 13,73 Mio. EUR 28,83 % (2012: 25,36%).

Die Entwicklung der zwei wichtigsten Steuererträge der Kernfinanzierungsmasse stellt sich wie folgt dar:

Steuerart	Ergebnis 2009 TEUR	Ergebnis 2010 TEUR	Ergebnis 2011 TEUR	Ergebnis 2012 TEUR	Ergebnis 2013 TEUR	Ergebnis 2014 TEUR	Ergebnis 2015 TEUR
Gewerbesteuer	13.944	12.220	17.892	20.214	14.882	18.251	19.102
Anteil an der Einkommensteuer	11.243	11.244	12.690	12.851	13.735	14.362	15.138
Summe	25.187	23.464	30.582	33.065	28.617	32.613	34.240
Veränderungen Vorjahr in %	-1,46%	-6,84%	30,34%	8,12%	-13,45%	13,96%	4,99%

Während die Gewerbesteuer im Jahr 2012 ein Rekordergebnis aufgrund eines besonderen Veranlagungsfalls erzielt hat, mussten in 2013 für 2 wichtige Gewerbesteuerzahler die Vorauszahlungen um rd. 1,1 Mio. EUR verringert werden.

Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass aufgrund einer geänderten Buchungssystematik in der verwendeten Rechnungslegungssoftware der in 2013 ausgewiesene Ertrag aus Gewerbesteuer um rd. 204 TEUR zu hoch ausgewiesen wird. Um die neu eingeführte automatisierte Verbuchung von Einzelwertberichtigungen und Abschreibungen im Steuerbereich zu ermöglichen, mussten alle bisherigen Niederschlagungen storniert und neu eingebucht werden. Dies führte zu einer erneuten Sollstellung auf dem entsprechenden Steuerertragskonto. Dem gegenüber stehen jedoch die Aufwendungen aus der Zuführung zur Einzelwertberichtigung bzw. Abschreibungen bei neuem Forderungsverzicht gegenüber, so dass die eingebuchten Vorgänge ergebnisneutral sind.

zu lfd. Nr. 2

Die Mehrerträge resultieren im Wesentlichen aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen (106 TEUR). Der Planansatz ergibt sich aus einer automatisierten Datenübernahme aus der Anlagenbuchhaltung.

Die Zuweisungen des Landes wurden mit Mehrerträgen i.H.v. 32 TEUR verbucht, die insbesondere auf einen erhöhten Kostenausgleich im Rahmen der Kindertagesstätten zurückzuführen sind. Dem gegenüber stehen verringerte Zuweisungen des Kreises i.H.v. rd. 28 TEUR, die im Wesentlichen in einem geringeren Sozialstaffelausgleich im Kindertagesstättenbereich begründet sind.

zu lfd. Nr. 4

Die Mindererträge sind im Wesentlichen bei den Entgelten für Veranstaltungen zu verzeichnen (-154 TEUR), hier insbesondere bei der Volkshochschule (-129 TEUR). Durch Mehrerträge bei Verwaltungsgebühren (65 TEUR), insbesondere für Baugenehmigungen, und bei Benutzungsgebühren (47 TEUR), insbesondere für Obdachlosenunterkünfte, relativiert sich der Minderertrag dieser Position auf -96 TEUR.

zu lfd. Nr. 5

Die Mindererträge sind hauptsächlich auf verringerte Mieterträge zurückzuführen (-92 TEUR), im Wesentlichen im Bereich des GIM (-35 TEUR), Schloss Reinbek (-18 TEUR) und Sachsenwald-Forum Reinbek (-34 TEUR). Diese Abweichungen wurden im Rahmen der Budgetberichte erläutert.

Durch die Vereinnahmung von Schadensersatzleitungen (48 TEUR) in diversen Produktbereichen konnten die Mindererträge teilweise aufgefangen werden.

zu lfd. Nr. 6

Die Mehrerträge verteilen sich auf diverse Konten.

Der Hauptanteil mit rd. 588 TEUR entfällt auf die buchhalterisch notwendig gewordene Ertragsbuchung im Rahmen der Rückzahlung von geleisteten Zuschüssen im Kindertagesstättenbereich. Bis 2012 erfolgte eine Absetzung bei den entsprechenden Aufwandskonten, was jedoch haushaltsrechtlich zu bemängeln war.

Weitere wesentliche Mehrerträge entfallen auf Schulkostenbeiträge (173 TEUR), Erstattung von Beihilfe- und Versorgungsaufwendungen durch die VAK (88 TEUR), Teilrückzahlung des Betriebskostenzuschusses der Freizeitbadbetriebsgesellschaft mbH nach Abrechnung 2012 (79 TEUR) sowie Erstattung des Überschusses durch die Baugenossenschaft Sachsenwald e.G. nach Abrechnung der Verwaltungskonten des Wohnungsbestandes (97 TEUR).

zu lfd. Nr. 7

Diese Position beinhaltet insbesondere nicht planbare zahlungsneutrale Erträge aus laufenden Geschäftsvorfällen. So resultiert die wesentliche Abweichung mit 111 TEUR aus der Zuschreibung der Werte in der Anlagenbuchhaltung nach Wiederherstellung bzw. Brandschadenbeseitigung des Kindertagesheims Schulstraße 24, Betriebsteil Mühlenredder. Die Erträge aus der Herabsetzung von Einzelwertberichtigungen durch Erlass, dauerhafte Niederschlagung oder Zahlungseingang wurden mit rd. 89 TEUR verbucht. Dabei wird auf die geänderte Buchungssystematik in diesem Bereich hingewiesen (s. auch lfd. Nr. 1).

zu lfd. Nr. 8

Die aktivierten Eigenleistungen stellen die durch den Betriebshof erbrachte und abgerechnete Leistung bei der Herstellung von Vermögensgegenständen dar. Es handelt sich i.d.R. um Leistungen zur Herstellung von Inventaren sowie Spielplätzen.

Diese Leistungen wurden nicht geplant und mit Mehrerträgen i.H.v. 24 TEUR verbucht.

zu lfd. Nr. 19

Bei den Finanzerträgen gab es keine nennenswerten Abweichungen.

Weitergehende Erläuterungen zu Abweichungen auf der Ebene der Produktsachkonten erfolgten bereits im Rahmen der Budgetberichte zum Jahresabschluss 2013.

Aufwendungen

Lfd. Nr. der Er- gebnis- rechnung	Position	Abweichung + = höherer Aufwand - = geringerer Aufwand EUR
11.	Personalaufwendungen	-422.601,56
13.	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-440.173,77
14.	Bilanzielle Abschreibungen	337.861,58
15.	Transferaufwendungen	-148.734,23
16.	Sonstige ordentliche Aufwendungen	855.982,09
17.	Summe ordentliche Aufwendungen	182.334,11
20.	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	-206.574,56
24.	Außerordentliche Aufwendungen	0,00
	Summe Aufwendungen insgesamt	-24.240,45

zu lfd. Nr. 11

Die Minderaufwendungen sind bei allen Kontenbereichen zu verzeichnen.

Bei den Besoldungen und Vergütungen sind insgesamt 228 TEUR und bei den Beiträgen zu Versorgungskassen 107 TEUR Minderaufwendungen entstanden.

Die Gründe hierfür sind u.a. Mitarbeiterwechsel mit geringeren Entgeltansprüchen aufgrund niedriger Erfahrungsstufen bzw. bei Beamten niedrigerer Grundbesoldung wg. Altersstufen, unvorhergesehenes Ausscheiden von Mitarbeiter/innen und verzögerte Nachbesetzung (z.T. wg. Fachkräftemangel), Wegfall der Lohn-/Besoldungsfortzahlung wg. langfristiger Erkrankung sowie Schwankungen im Sanierungsgeldanteil der VBL.

zu lfd. Nr. 13

Die Abweichung verteilt sich auf nahezu alle Positionen.

Die wesentlichen Minderaufwendungen entfallen auf die Unterhaltung der baulichen Anlagen (-127 TEUR, davon allein für das Produkt 111030 -66 TEUR), Heizung (-42 TEUR), Aus- und Fortbildungskosten (-43 TEUR, Produkt 111011 -20 TEUR und 126001 -18 TEUR), Städtebauliche Pläne (-25 TEUR, Produkt 511001) und Veranstaltungen (-44 TEUR).

Auf die Budgetberichte wird hingewiesen.

zu lfd. Nr. 14

Der Planansatz ergibt sich aus einer automatisierten Datenübernahme aus der Anlagenbuchhaltung. Durch die verzögerte Jahresabschlussstellung waren zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung im Jahr 2012 noch nicht alle Abschreibungsbeträge für die in 2011 und 2012 aktivierten Anlagegüter veranschlagt.

Die Mehraufwendungen entfallen im Wesentlichen auf die Abschreibung für Anlagegüter im Hochbaubereich (79 TEUR), davon auf aktivierte Maßnahmen beim Gymnasium Sachsenwaldschule rd. 42 TEUR; die Mehraufwendungen der Abschreibungen für Maschinen, technische Anlagen und Fahrzeuge (96 TEUR) resultieren insbesondere aus der Neuanschaffung von Feuerwehrfahrzeugen (41 TEUR) und der Neuausstattung von Kinderspielplätzen (27 TEUR).

Auf die nicht planbaren Abschreibungen auf Forderungen entfallen Mehraufwendungen i.H.v. rd. 154 TEUR, davon allein auf die Gewerbesteuer 113 TEUR. Es handelt sich um auf Dauer niedergeschlagene bzw. erlassene Forderungen. Diesbezüglich wird auf lfd. Nr. 1 und 7 verwiesen.

zu lfd. Nr. 15

Die Minderaufwendungen resultieren insbesondere aus der verringerten Gewerbesteuerumlage (-207 TEUR), die sich aus den Gewerbesteuereinnahmen berechnet. Mehraufwendungen sind bei einzelnen Transferkonten im Bereich der Zuschüsse an andere Kindergartenträger mit rd. 117 TEUR zu verzeichnen.

zu lfd. Nr. 16

Im zahlungswirksamen Bereich ist die Abweichung auf erhöhte Schulkostenbeiträge (213 TEUR) und Erstattungsleistungen an andere Kindergartenträger gem. § 25a Abs. 1 KiTaG (89 TEUR) zurückzuführen.

Im Rahmen der zahlungsneutralen Konten ergibt sich bei der Wertveränderung bei Sachanlagen allein durch die Ausbuchung der Erneuerung der Grundsulleitungen am Gymnasium Sachsenwaldschule gem. Forderung des Rechnungsprüfungsamtes aus dem Abschlussbericht 2012 ein Mehraufwand von rd. 376 TEUR.

Darüber hinaus ergaben sich nicht planbare Wertveränderungen von rd. 168 TEUR, die u.a. aufgrund in der Vergangenheit falscher investiver Zuordnung erfolgten (Heizungs- und Sanitäreanlagen ohne Anhebung von Ausstattungsstandards rd. 86 TEUR). Ausgebucht wurden darüber hinaus Vermögensgegenstände aufgrund Eigentumsübertragung an den ITV Stormarn (Soft- und Hardware, rd. 40 TEUR) und aufgrund Abrisses des Bücherei-Containers und Hausmeisterhauses an der Getrud-Lege-Schule (31 TEUR).

Der Aufwand aus der Einzelwertberichtigung der städtischen Forderungen (Prüfung der Werthaltigkeit und ggf. mittelbare Reduzierung) wurde mit 158 TEUR verbucht. Auf die Ausführungen zu lfd. Nr. 1 und 7 wird verwiesen.

zu lfd. Nr. 20

Die verringerten Finanzaufwendungen sind insbesondere auf die geringe Inanspruchnahme von Kassenkrediten (-96 TEUR) sowie die Verzinsung von Steuererstattung (-73 TEUR) zurückzuführen. Die Zinslastquote gibt das Verhältnis von zu leistenden Finanzaufwendungen zum gesamten ordentlichen Aufwand wieder und beträgt, wie bereits 2012, 2,4 %.

Weitergehende Erläuterungen zu Abweichungen auf der Ebene der Produktsachkonten erfolgten bereits im Rahmen der Budgetberichte zum Jahresabschluss 2013.

4. Abschluss des Finanzhaushaltes

Der Jahresabschluss stellt sich ggü. der Haushaltsplanung wie folgt dar:

Lfd. Nr. der Finanzrechnung	Position	Finanzhaushalt (fortgeschriebener Ansatz) 2013 EUR	Finanzrechnung 2013 EUR	Differenz EUR
17.	Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.646.000,00	4.195.583,49	1.549.583,49
26.	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	5.421.100,00	4.456.845,87	-964.254,13
34.	Auszahlung aus Investitionstätigkeit	6.679.723,48	3.636.100,90	-3.043.622,58
	Nachrichtlich: Übertragene Ermächtigungen			2.370.857,34
35.	Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.258.623,48	820.744,97	2.079.368,45
35c.	Saldo aus fremden Finanzmitteln	0	-88.281,69	-88.281,69
36.	Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag	1.387.376,52	4.928.046,77	3.540.670,25
37.	Aufnahme von Krediten für Investitionen	2.859.725,00	2.306.725,00	-553.000,00
40.	Tilgung von Krediten für Investitionen	1.901.800,00	1.943.254,35	41.454,35
43.	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	957.925,00	363.470,65	-594.454,35
44.	Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln	2.345.301,52	5.291.517,42	2.946.215,90
46.	Liquide Mittel unter Berücksichtigung des Anfangsbestandes.	3.324.491,52	6.270.707,14	2.946.215,62

zu. lfd. Nr. 17

Der verbesserte Saldo aus Verwaltungstätigkeit ist auf Minderauszahlungen i.H.v. rd. 1,58 Mio. EUR unter Gegenrechnung der Mindereinzahlungen von rd. 31 TEUR aus den Bewegungen des Ergebnishaushaltes zurückzuführen. Hierbei bleiben die periodengerechten Abgrenzungen unberücksichtigt.

zu lfd. Nr. 26

Die Mindereinzahlungen aus Investitionstätigkeit sind im Wesentlichen auf nicht abgerufene Investitionszuwendungen und Zuschüsse zurückzuführen

Im Rahmen der Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder (einschl. U3) wurden rd. 469 TEUR mit dem Hintergrund der verzögerten Maßnahmenumsetzung bzw. -abrechnung nicht kassenwirksam abgerufen. Davon entfallen allein auf den Neubau einer Kindertagesstätte für 7 Gruppen rd. 295 TEUR.

Im Bereich der Straßen konnte die Zuweisung des Landes für den Ausbau der Straßenentwässerung in der Straße „Möllner Landstraße“ aufgrund des Maßnahmenfortschritts mit rd. 137 TEUR nicht abgerufen werden.

Die Zuweisung aus EU-Mitteln für die energetische Gebäudesanierung der Uwe-Plog-Halle wurde mit 355 TEUR abgerufen, jedoch erst 2014 kassenwirksam.

Die Einzahlung aus Beiträgen und Entgelten weist eine Mindereinzahlung von rd. 111 TEUR aus. Davon sind jedoch rd. 31 TEUR als Offene Posten nach 2014 übertragen, so dass der Ansatz mit rd. 80 TEUR nicht realisiert werden konnte.

Dies ist zurückzuführen auf die Straßenkostenbeiträge für den Ausbau der Straße „Querweg“; zum einen wurde die Maßnahme günstiger und zum anderen wurden bei der Ansatzplanung die fiktiven Ausbaubeiträge stadtteigener Grundstücke eingerechnet.

zu lfd. Nr. 34.

Die Minderauszahlungen aus Investitionstätigkeit resultieren im Wesentlichen aus den Auszahlungen für Baumaßnahmen (-2,96 Mio. EUR). Das Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres beinhaltet die Offenen Posten aus 2012 i.H.v. 265 TEUR sowie Ist-Zahlungen i.H.v. 2,75 Mio. EUR.

Unter Berücksichtigung der tatsächlich in Anspruch genommenen Mittel i.H.v. 3,94 Mio. EUR (Gesamtsumme der Anordnungen 2013 auf Haushaltsansatz und -ausgabereinst, incl. offene Posten für Folgejahr) abzüglich über- und außerplanmäßig verbuchten Ausgaben von rd. 314 TEUR sowie zuzüglich der übertragenen Ermächtigungen aus Ansatz 2013 i.H.v. 2,33 Mio. EUR ist der fortgeschriebene Ansatz des Haushaltsjahres 2013 mit rd. 5,96 Mio. EUR nahezu ausgeschöpft worden.

Es sind keine wesentlichen Abweichungen in der Haushaltsausführung entstanden.

Im Rahmen der regelmäßigen Berichterstellung wurde über die Umsetzung der Baumaßnahmen sowie über- und außerplanmäßigen Auszahlungen im Verlauf des Jahres 2013 berichtet.

zu lfd. Nr. 35

Der Saldo aus Investitionstätigkeit ist die Differenz zwischen den Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit. Durch die aufgeführten Abweichungen wurde eine Verbesserung von rd. 2,08 Mio. EUR erzielt. Hierbei bleiben die übertragenen Haushaltsermächtigungen unberücksichtigt.

zu lfd. Nr. 35c

Bei den haushaltsfremden Einzahlungen und Auszahlungen handelt es sich gem.

§ 14 GemHVO-Doppik um durchlaufende Gelder, Beträge, die die Gemeinde aufgrund eines Gesetzes unmittelbar in den Haushalt eines anderen öffentlichen Aufgabenträgers zu buchen hat, einschließlich der ihr zur Selbstbewirtschaftung zugewiesene Mittel oder Beträge, die die Kasse des endgültigen Kostenträgers oder eine andere Kasse, die unmittelbar mit dem endgültigen Kostenträger abrechnet, anstatt der Gemeindekasse vereinnahmt oder ausgibt.

Über diese Konten werden insbesondere die Personalkosten über die Versorgungsausgleichskasse, die Sozialhilfe und das Wohngeld abgewickelt. Eine Planung dieser Beträge erfolgt nicht. Sie werden ausschließlich als Ergebnis in der Finanzrechnung dargestellt.

zu lfd. Nr. 36

Der Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag ergibt sich aus der Saldierung der Nr. 17, 35 und 35c. Insgesamt ergibt sich danach ein Finanzmittelüberschuss i.H.v. 4,93 Mio. EUR, das sind rd. 3,54 Mio. EUR mehr als geplant.

zu lfd. Nr. 37 bis 43

Der fortgeschriebene Ansatz für die Aufnahme von Krediten für Investitionen setzt sich grundsätzlich zusammen aus

- dem in der Haushaltssatzung des Abschlussjahres festgesetztem Kreditbedarf i.H.v.	0,00 EUR
- dem in Anspruch genommenen übertragenen Haushaltseinnahmerest aus der Kreditermächtigung Vorjahr i.H.v.	2.306.725,00 EUR
- Umschuldungsbetrag i.H.v.	553.000,00 EUR

Eine Kreditermächtigung war in 2013 nicht erforderlich.

Für die Finanzierung von in 2012 umgesetzten Investitionsmaßnahmen wurden geförderte Darlehen aus dem Kommunalen Investitionsfond (KIF) wie folgt aufgenommen:

Neubau von 7 Klassenräumen am Gymnasium Sachsenwaldschule:	1.465.600,00 EUR
Dachsanierung Uwe-Plog-Halle	841.125,00 EUR

Auf die veranschlagte Umschuldung mit 553 TEUR konnte aufgrund des Haushaltsverlaufs und der Kassenliquidität verzichtet werden.

Die Netto-Neuverschuldung beträgt 409 TEUR.

Die Summe der langfristigen Kredite erhöht sich damit auf 26,19 Mio. EUR.

Die Tilgungsquote in 2013 beträgt 7,36 %, der durchschnittliche Zinssatz 3,96 %.

Zu lfd. Nr. 44/46

Der Bestand an eigenen Finanzmitteln erhöht sich aufgrund der Mittelbewegungen der Finanzrechnung um rd. 5,29 Mio. EUR.

Die liquiden Mittel betragen unter Berücksichtigung des Anfangsbestandes an Finanzmittel von rd. 979 TEUR nunmehr 6,27 Mio. EUR.

5. Abschließende Betrachtung

Der Jahresabschluss 2013 kann erst im Dezember 2016 vorgelegt werden. Damit wird die Zeitvorgabe des § 44 GemHVO-Doppik gravierend überschritten.

Auf die erfolgten Berichte über die Abarbeitung der Jahresrechnungen gem. des Genehmigungserlasses zur Haushaltssatzung der Stadt Reinbek für das Haushaltsjahr 2014 wird verwiesen. Die Zeitplanung vom 11.07.2016 muss nach realistischer Einschätzung hinsichtlich der festgelegten Termine für die Fertigstellung der noch offenen Jahresabschlüsse um jeweils einen Monat verschoben werden. Eine Aktualisierung des Berichtes erfolgt im Januar 2017.

Dessen ungeachtet wird die fristgerechte Vorlage des Jahresabschlusses und Lageberichtes gem. § 44 Abs. 4 GemHVO-Doppik bis 31.05. des jeweils folgenden Jahres mit dem Jahresabschluss 2017 angestrebt.

Der Jahresabschluss des Ergebnishaushalts 2013 hat sich ggü. der Haushaltsplanung verbessert.

Durch die dargestellten Abweichungen und der damit entstandenen Haushaltsverbesserung von insgesamt rd. 1,19 Mio. EUR wurde der planmäßige Überschuss von 2,95 Mio. EUR auf rd. 4,17 Mio. EUR erhöht.

Der Aufwandsdeckungsgrad, der das Verhältnis der Ordentlichen Erträge zu den Ordentlichen Aufwendungen beschreibt, beträgt 109,5 % und weist damit ein positives Ergebnis der Haushaltsführung aus.

Nach Verbuchung des Jahresüberschusses würde die Ergebnismrücklage in der Bilanz 2014 einen Bestand i.H.v. 10.975.839,36 EUR ausweisen. Das entspricht 49,02% der Allgemeinen Rücklage und überschreitet den gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen von höchstens 33 %. Dementsprechend muss der überschüssige Betrag i.H.v. 3.587.678,87 EUR der Allgemeinen Rücklage zugeführt werden.

Danach wäre der Jahresüberschuss in 2013 wie folgt zu verarbeiten:

Ergebnismrücklage: 549.246,83 EUR
Allgemeine Rücklage: 3.587.678,87 EUR

Die Liquiditätslage der Stadt ist stabil geblieben; zum Bilanz-Stichtag 31.12.2013 wurde kein Kassenkredit in Anspruch genommen.

Für die weitere Bewertung der finanziellen Entwicklung und der haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation der Stadt Reinbek ist die Entwicklung des Eigenkapitals von Bedeutung. Ziel ist es, das Eigenkapital stabil zu halten bzw. zu erhöhen.

Die Eigenkapitalquote 1 misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der Bilanz und hat sich ggü. dem Vorjahr wie folgt entwickelt:

Stand	Eigenkapital in TEUR	Bilanzsumme in TEUR	Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme
31.12.2012	29.227	102.655	28,47 %
31.12.2013	33.364	107.451	31,05 %

Die Eigenkapitalquote 2 misst den Anteil des „wirtschaftlichen“ Eigenkapitals am Gesamtkapital. Dabei wird die Wertgröße des Eigenkapitals um Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter (langfristige Sonderposten, s. Bilanz Passiva Nr. 2.1 bis 2.3) erweitert:

Stand	Erweitertes Eigenkapital in TEUR	Bilanzsumme in TEUR	Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme
31.12.2012	55.816	102.655	54,37 %
31.12.2013	59.679	107.451	55,54 %

Die ausgewiesenen Kennzahlen machen deutlich, dass sich die haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation der Stadt Reinbek stabilisiert hat. Die ausgeglichenen Haushalte der Folgejahre werden zum weiteren Ausbau des Eigenkapitals führen.

Reinbek, 05.12.2016



Warme
Bürgermeister

Im Auftrag



Randau
Kämmerin